

Ergänzung zum Verhandlungsprogramm "Verstaatlichte Betriebe"  
vom 24. 2. 1953.

Für den Fall, dass ein ÖVP Staatssekretariat nicht durchsetzbar sein sollte (siehe Punkt 1.) des Verhandlungsprogrammes vom 24. 2. 1953), muss die

paritätische Kommission beim Bundesministerium für Verkehr beibehalten werden, jedoch mit folgenden in Koalitionspakete festzuhaltenden Kompetenzen ausgestattet werden, und zwar:

a) Personalangelegenheiten:

In allen Personalangelegenheiten der verstaatlichten Betriebe ist allein die paritätische Kommission zwecks Erstattung von Vorschlägen zuständig. Unter diese Bestimmung fallen vor allem die Bestellung und Abberufung von Vorstands- und Aufsichtsräte, sowie der öffentlichen Verwalter der verstaatlichten Betriebe.

b) Organisationsangelegenheiten:

Alle Organisationsfragen der verstaatlichten Betriebe fallen in die Kompetenz der paritätischen Kommission. Unter diese Bestimmung fallen vor allem Zusammenlegung von Betrieben, Ausgliederung von Teilbetrieben bzw. sogenannte Konzernentflechtungen, Bildung von Einkaufs- und Absatzorganisationen, Vereinheitlichungsmaßnahmen anderer Art usw..

Beisetzungen an öffentliche Verwalter von verstaatlichten Betrieben können durch das zuständige Ressortministerium nur nach vorheriger Einholung der Stellungnahme der paritätischen Kommission erlassen werden.

Den Mitgliedern der paritätischen Kommission muss Akteneinsicht im Bundesministerium für Verkehr gewährt werden (Die Wahrung des Amtsgeheimnisses kann durch Ernennung der Mitglieder der paritätischen Kommission zu ehrenamtlichen Konsulenten gesichert werden).

Die Interessenvertretung durch die Kammerorganisation muss auch für die verstaatlichten Betriebe nach wie vor gewährt bleiben.

c) Geschäftsordnung der paritätischen Kommission:

Durch eine kurze Geschäftsordnung wäre festzulegen, dass auf Antrag zweier Vertreter der paritätischen Kommission diese innerhalb einer Woche einberufen und innerhalb zweier Wochen abgehalten werden muss, wenn auch der Herr Minister, der normalerweise den Vorsitz führt, nicht anwesend oder verhindert ist.

Weiters muss festgelegt werden, dass die paritätische Kommission beschlussfähig ist, wenn alle Mitglieder rechtzeitig geladen und mehr als die Hälfte der Mitglieder anwesend ist. Die Beschlüsse der paritätischen Kommission sollen mit einfacher Stimmenmehrheit gefasst werden, wobei der Vorsitzende nicht mitstimmt. Bei Stimmgleichheit ist der diesbezügliche Tagesordnungspunkt auf der nächsten Sitzung abermals zu behandeln. Wenn der Herr Minister für verstaatlichte Betriebe nicht bereit ist, einen Beschluss der paritätischen Kommission durchzuführen, so ist er verpflichtet, die Entscheidung an den Ministerrat heranzutragen. Kommt er dieser Verpflichtung nicht nach, sind die Fraktionen der paritätischen Kommission selbst berechtigt, einerseits den Kanzler andererseits den Vizekanzler zu befragen.

Über jede Sitzung der paritätischen Kommission sollen beide Fraktionen berechtigt sein ein Protokoll abzufassen und den Mitgliedern der paritätischen Kommission zuzusenden. Bei divergierenden Protokollierungen ist von der nächsten Sitzung der paritätischen Kommission über die richtige Fassung zu beschliessen.

d) Gesetzliche Verankerung:

Im Hinblick auf die in der vergangenen Legislaturperiode gemachten Erfahrungen wäre es zweckmässig die Kompetenzen der paritätischen Kommission gesetzlich zu verankern. Die Möglichkeiten einer solchen gesetzlichen Verankerung müssten noch vor Abschluss der Parteienvereinbarung untersucht werden, um im Nationalrat einen diesbezüglichen Antrag einbringen zu können.

e) Zu Punkt 3.) des Verhandlungsprogrammes vom 24. 2. 1953  
"Die Haupt- bzw. Generalversammlung in den verstaatlichten  
Betrieben" wird folgendes angefügt:

Um eine weitgehende Entpolitisierung der staatlichen und  
verstaatlichten Unternehmungen, einschliesslich der Holding-  
gesellschaften, herbeizuführen, wäre die folgende Zusammen-  
setzung der Haupt- bzw. Generalversammlung zu erwägen:

Bundeswirtschaftskammer

Landeswirtschaftskammer

Arbeiterkammer

Gewerkschaftsbund

die je 1/4 des Aktien- bzw. Stammkapitals vertreten.

Wien, am 6. 3. 1953 .

Gedächtnisvermerk

über die 1. Besprechung mit Bundeskanzler Dr. Ing. Figl und den Vertretern der ÖVP über die Regierungsbildung.

Zeit: Dienstag, den 3. März 1953, 15 Uhr.

Ort: Zimmer IV a im Parlament.

Anwesende: Für die ÖVP - Dr. Ing. Figl  
 Ing. Raab und in der 2. Hälfte  
 L. Weinberger,  
 für die SPÖ - Dr. A. Schärf,  
 Oskar Helmer,  
 Dr. B. Pittermann,  
 Dipl. Ing. K. Waldbrunner.

Ing. Figl begrüßt und erklärt, diese 1. Besprechung als der mit der Regierungsbildung beauftragte Bundeskanzler einberufen zu haben. Von ihm habe der Obmann der ÖVP, Ing. Raab, verlangt, diesen Besprechungen sofort die Vertreter des WdU beizuziehen, wovon er noch heute Vormittag Dr. Schärf und Ing. Waldbrunner verständigt hat, die das strikte ablehnten. Ing. Raab fügt hinzu, er habe vorgeschlagen, daß vorerst nur Ing. Figl und Ing. Raab mit uns die Fragen einer Regierungsbildung bereden.

Nach dieser Einleitung erklärt Ing. Raab für die ÖVP, daß sie ein Koalitionskabinetts der drei Parteien vorschlagen. Als Erklärung dieses Vorschlages sagt er, die ÖVP, die bisher mit den Sozialisten koalitiert war, habe aus dieser Wahl keine Vorteile gezogen. Der WdU, den sie nun als dritten Partner vorschlagen, habe sich nicht ausgesprochen gegen Österreich gestellt und wäre daher ihrer Meinung ein möglicher Partner. Die ÖVP glaube, die Meinung ihrer Wähler gehe dahin, eine Dreier-Koalition zu bilden.

Dr. Schärf erklärt für die Sozialisten, daß das Wahlergebnis nur auf eine Koalition ohne WdU gedeutet werden kann. Die Einbeziehung des WdU, dessen Führer sich sowohl vor der Wahl wie nach der Wahl gegen die beiden Regierungsparteien und die Regierung in der übelsten Weise ausgelassen haben, müsse als ein Unglück für das Land angesprochen werden.

Ing.Raab erwidert darauf, daß der WdU keine Schöpfung der ÖVP sei. Die ÖVP ist aber durch die Wahl in eine Situation gekommen, wo sie nichts mehr abgeben kann und verlieren darf und das soll durch das Zusammengehen mit dem WdU verhindert werden.

Ing.Waldbrunner wirft ein, daß die ÖVP ja nach den letzten Meldungen das Handelsministerium an den WdU abgeben soll, was ja auch einem Verlust gleichkommt. Dasselbe könnten sie ja auch mit uns Sozialisten tun.

O.Helmer schaltet sich in die Diskussion ein und erklärt, daß eine Koalition unter Einbeziehung des WdU für uns nicht erträglich ist. Die Mitteilung, daß der WdU das Handelsministerium und den 3.Präsidenten im Nationalrat bekommen soll, um die ÖVP gegen uns Sozialisten stärker zu machen, ist für uns Grund genug abzulehnen.

Um 15.20 Uhr wird Ing.Raab hinausgerufen und kehrt nach wenigen Minuten mit L.Weinberger zurück. Weinberger nimmt nun an den weiteren Beratungen teil.

Ing.Raab setzt die Diskussion fort und erklärt, man stehe sich nun im Parlament 88 : 73 gegenüber und das sei Grund genug, den WdU auch in der Regierung teilnehmen zu lassen. Darauf antworten Dr.Schärf und Helmer, daß - ungeachtet dieses Verhältnisses, das bei der Unverläßlichkeit des WdU gar nicht so feststeht - wir Sozialisten bei einer Dreier-Koalition nicht mitmachen.

Die Sozialisten wollen damit die nutzlos gewordene Diskussion abbrechen. Ing.Figl schaltet sich ein und fragt, was wir Sozialisten fordern. Dr.Schärf antwortet darauf: Die Wähler haben entschieden, daß beide Parteien gleich stark sind und sachlich der WdU in der Regierung nichts zu suchen hat. Das soll darin zum Ausdruck kommen, daß ÖVP und SPÖ gleich stark in einer Regierung der beiden Parteien vertreten sind.

Ing.Figl fragt weiter um das Wirtschaftsprogramm der Sozialisten, worauf Dr.Schärf antwortet, daß die ÖVP bzw. Ing.Figl

mit der Regierungsbildung beauftragt wurde und er ein Arbeitsprogramm vorlegen müsse. Auf die Erklärung Ing.Figl's, daß zuerst ein Wirtschaftsprogramm ausgearbeitet werden müsse und dann erst die Verteilung der Regierungssitze vorgenommen werde, antwortet Dr.Schärf: Es genüge vorläufig, wenn das Prinzip der gleich starken Vertretung in der Regierung festgelegt werde. Man könne dann das Programm ruhig ausarbeiten und Personenfragen am Schluß bereden. Die Vorschläge für ein Programm müssen aber von der ÖVP kommen, da sie die Regierungsbildung übernommen hat.

Ing.Raab schaltet sich wieder ein und wiederholt den Standpunkt, daß die ÖVP die Zusammenarbeit mit dem WdU nicht aufgeben kann. Es hätte auch keinen Sinn, da man eine solche Zusammenarbeit im Parlament nicht auszuschalten imstande ist. Ing.Raab und Weinberger weisen darauf hin, daß die Sozialisten in den Landtagen bzw. Landesregierungen öfter mit dem WdU zusammengearbeitet hätten, was von sozialistischer Seite zurückgewiesen wird mit der Begründung, daß die Landesregierungen nach dem Proporz zusammengesetzt sind und daher eine Ausschaltung des WdU dort nicht möglich war.

Ing.Raab sagt in der weiteren Diskussion, die Auffassung der ÖVP ist es, daß sich die Koalition wesentlich geändert habe nach den Angriffen, die von sozialistischer Seite in diesem Wahlkampf gegen die ÖVP gerichtet wurden. Ing.Waldbrunner wirft ein, daß die ÖVP doch vom WdU nicht besser, sondern eher schlechter behandelt worden ist.

Die Sozialisten wollen die unfruchtbare Diskussion abschließen und schlagen ein gemeinsames Kommuniqué vor. Dr.Schärf verlangt, daß in diesem Kommuniqué die Forderung der Sozialisten nach Vorlage eines Arbeitsprogrammes enthalten sei, was von der ÖVP abgelehnt wird. Ing.Raab verlangt ausdrücklich die Aufnahme einer Erklärung, daß ein bindender Beschluß der ÖVP und des WdU vorliege, bei der Regierungsbildung gemeinsam vorzugehen.

Zum Abschluß erklärt Ing.Raab noch einmal, daß er unbedingt mit 88 Mandaten kommen werde, worauf Dr.Schärf ihm sagt,

er habe im Wahlkampf immer geblaut, der WdU sei ein Gegner der Regierungsparteien. Ing.Raab fällt ihm lächelnd ins Wort und meint "da habe sich Dr.Schärf eben getäuscht".

Die Besprechung wird um 15.40 Uhr geschlossen mit dem Bemerkten, daß die Verhandlungen der beiden Parteien über die Regierungsbildung bis auf weiteres unterbrochen sind, ohne daß ein Termin für eine nächste Besprechung vereinbart wird.

Vizekanzler  
Dr. ADOLF SCHÄRF  
Wien, I., Ballhausplatz 2

Wien, am 5. März 1953

Lieber Freund!

*Fremy v. Braun*

Anbei eine kurze Aktennotiz.

Viele Grüße

Schärf e.h.

1 Beilage

Für die Richtigkeit  
der Ausfertigung:

*Schabauer*

Herrn Bundesminister Dipl. Ing. Karl Waldbrunner

Gedächtnisnotiz über die Unterredung zwischen Dr. Adolf Schurf und Bundeskanzler Dr. Figl am Donnerstag, den 5. März 1955 von 9,20 - 10.20 Uhr im Bundeskanzleramt.

Nach einer am Vortag erfolgten Ankündigung durch Minister Gruber und Grafs bei Helmer ersuchte mich der Bundeskanzler um eine Aussprache unter vier Augen.

Er betonte, dass ihm jetzt ausserordentlich viel daran gelegen sei, möglichst rasch zu einer Einigung über die Regierungsbildung zu kommen und was meine Meinung sei.

Ich wiederholte, dass Grundsatz sein solle, dass dem Willen der Wähler durch eine geänderte Stellung der Sozialisten in der Regierung Ausdruck gegeben werde und dass die Koalition eine solche zu zweit sei.

Ich führte aus, dass eine Koalition mit dem VdU den Russen den Vorwand liefern könnte, den Staatsvertrag zu verweigern, weil es sich um ein faschistisches oder nazistisches Regime in Österreich handele. Ich wies weiter darauf hin, dass das Budget erstellt werden müsse und dass sich auch ein Arbeitsprogramm als notwendig herausstelle.

Den längsten Raum der Besprechung nahm die ständige Regierung Figls ein, wie man unsere Forderung auf Änderung in der Regierung befriedigen könne, ohne dass es seiner Partei weh tue. Ich erklärte, dass die Staatssekretäre abgeschafft werden sollen, dass wir praktisch nur drei Ministerien hätten (Soziale, Verkehr und Justiz) und das Innere wegen der Tätigkeit Grafs nur zur Hälfte, dass ich ein Minister ohne Ressort sei, während auf der anderen Seite sechs Ressorts vorhanden seien. Immer wieder wollte Figl eine Ausserung, was wir wollen, wobei er aber schon von vornherein erklärte, dass die Aufgabe irgendeines der bestehenden Ministerien der Volkspartei für seine Partei untraglich wäre.

Ich sagte ihm, er solle sich das eben überlegen, dem Willen der Wähler müsse Ausdruck gegeben werden. Er meinte dann, dass man das Arbeitsprogramm erstellen solle und dass man das, was er Personalfrage nennt, zurückstellt. Ich antwortete darauf, dass man sich vorerst über den Grundsatz der gleichen Beteiligung

dann über das Arbeitsprogramm und zuletzt erst über Personenfragen einigen solle.

Figl schlug vor, für morgen Freitag nachmittag die beiden Verhandlungskomitees zusammenkommen zu lassen. Ich meinte, dass eine Aussprache vor Weinberger, Maleta und Gorbach nichts weiter bringen werde, worauf Figl dann vorschlug, im Laufe des morgigen Tages eine Aussprache zwischen ihm und Raab einerseits, mir und Helmer andererseits zu versuchen.

Er teilte mir vertraulich mit, dass Hurdies weiter als Erster Präsident in Aussicht genommen sei, dass man jedoch über die Stellung Gorbachs noch nichts wisse.

Vizekanzler  
Dr. ADOLF SCHÄRF  
Wien, I., Ballhausplatz 2

Wien, am 7. März 1953

*F. K. gen.  
A/K Verhdlg.*

Lieber Freund!

Anbei vertraulich ein Erinnerungs-  
vermerk.

Mit bestem Gruss

*h*

1 Beilage

Herrn  
Bundesminister Dipl. Ing. Karl Waldbrunner

Einlegen  
Wien, am 7. März 1953 *hg*

Erinnerungsvermerk über die Aussprache vom Freitag, den 6. März 1953 über die Regierungsbildung, stattgefunden von 1/2 4 Uhr bis 1/2 6 Uhr im Büro des Bundeskanzlers; anwesend: Figl, Raab; Chärf, Helmer.

Die Besprechungen beginnen damit, dass Raab betont, er hätte einen bindenden Vertrag über die Hereinnahme des VdU abgeschlossen, von dem er nicht abgehen könne. Figl und, weniger deutlicher als dieser, Raab erklären, ein Abgehen wäre ihnen nur dann möglich, wenn sich innerhalb der Regierung eine wirkliche Machtverschiebung nicht vollzieht, wobei sie insbesondere nichts daran fänden, wenn die Zahl der sozialistischen Minister erhöht wird (Teilung des Verkehrsministeriums.)

Wir haben dann festgehalten, dass wir 1.) die Berücksichtigung des Willens der Wähler bei der Bildung der Regierung in der Weise fordern, dass beide Parteien etwa gleich vertreten seien; 2.) dass man rasch ein Arbeitsprogramm aufstelle - sei es bloss ein kurzfristiges, sei es auch ein langfristiges, das sich vor allem mit der Wirtschaftslage befasst.

In der zweistündigen Besprechung kam es nicht zur geringsten Annäherung und es wurde die Möglichkeit besprochen, dass Figl seine Betrauung zurücklegt, worauf eine Betrauung voraussichtlich an Chärf erginge; für diesen Fall stellten die beiden anderen fest, könne es sich nur um ein Minderheitskabinett handeln. Meine weitere Erklärung, dass ich erwarte, die Volkspartei würde in einem solchen Falle unseren Antrag auf sofortige Auflösung des Hauses im Nationalrat zustimmen, wurde von den Gegnern nicht positiv beantwortet.

Es wurde in Aussicht genommen, in der nächsten Woche die Besprechungen fortzusetzen, obwohl - wie die Volkspartei versichert - an eine Änderung ihres Standpunktes nicht zu denken sei.

WM [Stamp] 243  
3x2  
5x7

NEUE TELEFON-NR. U 21-6-20

Herrn  
Vizekanzler Dr. Adolf Schärf,  
Wien, I.,  
Bailhausplatz

STRENG VERTRAULICH !  
ZUR PERSÖNLICHEN ERÖFFNUNG !

Sl/St.

Wien, 25. Juni 1953

Lieber Freund !

Beiliegend übermittle ich Dir einen Teil der  
Parteien-Vereinbarung, die zwischen der ÖVP und dem  
WDU geschlossen wurde. Ich hoffe, auch noch den  
anderen Teil der Vereinbarung zu erhalten.

Herzliche Grüsse

Dein

*[Handwritten signature]*  
[Circular stamp: SOZIALISTISCHE PARTEI ÖSTERREICHS]

1 Beilage

7. 7. 53

*Agreement*

1953

V e r e i n b a r u n g .

Die unterzeichneten Vertreter der ÖVP und der FdU sind übereingekommen zum Zwecke

- a) einer weitgehenden Konzentration aller den Staat Österreich befehrenden Kräfte
- b) einer wirksamen Sicherung und Wiederherstellung der Freiheit der Einzelpersönlichkeit gegen alle Form des Kollektivismus, zu der sich bei der letzten Wahl die Mehrheit des Volkes eindeutig bekannte,
- c) der vollen Wirksamkeit des rechtsstaatlichen Gedankens und jeglicher Ablehnung totalitärer, undemokratischer Ideologien,
- d) der Entpolitisierung der Justiz
- e) der Erhaltung der Stabilität der Währung und einer gesunden Wirtschaftsentwicklung,
- f) einer wirkungsvollen Bekämpfung der Arbeitslosigkeit,
- g) der Ausbeutung des wirtschaftlichen Gesundungsprozesses für echte soziale Sicherheit und die Hebung des Lebensstandards sozial benachteiligter Bevölkerungsschichten, ein Abkommen zu schliessen.

Im einzelnen wird daher vereinbart:

- 1.) Beide Parteien erklären, dass die rechtsstaatliche Idee nur durch Beseitigung jeglicher privater, gesetzlicher und verwaltungsrechtlicher Diskriminierung einzelner Staatsbürger und Staatsbürgergruppen gesichert werden kann und die heute unzeitgemässen Gegensätzlichkeiten der Vergangenheit überwunden werden müssen.
- 2.) Der FdU wird ein Regierungssitz in einer Konzentrationregierung, der dritte Präsident des Nationalrates und eine stärkere Vertretung in den parlamentarischen Ausschüssen zugebilligt (statt bisher einen, zwei Abgeordnete).
- 3.) Ebenso wird das Verlangen der FdU auf eine Vertretung in den ausserparlamentarischen Körperschaften, sowie internationalen Institutionen von der ÖVP unterstützt werden.
- 4.) Zur Koordination der Politik der beiden Parteien wird ein ständiges Kontaktkomitee eingesetzt, das mindestens 14 tätig zu tagen hat. Diese Zusammenarbeit schliesst Spezialvereinbarungen

der beiden Vertragspartner mit der SPÖ aus.

- 5.) Im Kontaktkomitee sind Regierungsvorlagen gemeinsam zu beraten und aufeinander abzustimmen. Die Parlamentsfraktionen sind an die dort gefassten Vereinbarungen gebunden.
- 6.) In allen Fällen, in denen Vereinbarungen im Rahmen dieser Vor-koalition getroffen sind, darf keiner der Vertragspartner einen Initiativantrag stellen, welcher diesen Vereinbarungen widersprechen würde. In jenen Fällen, in denen jedoch keine Vereinbarungen getroffen wurden, müssen die Vertragspartner vor der Stellung von Initiativanträgen die Meinung des Ressortministers einholen und eine Einigung im Kontaktkomitee herbeizurufen suchen. Falls eine solche nicht zustande kommt, ist jeder der beiden Vertragspartner berechtigt, Initiativanträge einzubringen, deren parlamentarischer Behandlung keine Schwierigkeiten bereitet werden dürfen.
- 7.) Die Zusammenarbeit auf dem wirtschaftlichen und sozialen Gebiet soll sich vor allem mit der Budgetsanierung, der Reform der Steuern und Steuerprogression, Arbeitsbeschaffungsplan, Rentensicherung, einer Novellierung der Sozialgesetzgebung, einer Erweiterung der unmittelbaren Demokratie (Volksbegehren etc), einer weitgehenden Liquidation der sich aus den NS Gesetzen ergebenden Probleme (nähere Einzelheiten werden brieflich festgelegt), fortschrittlicher sozialer Einrichtungen (Wohnungseigentum) Schutz und Sicherung der Familien etc) und einer gesunden Sozialreform beschäftigen.
- 8.) In kulturellen Fragen besteht volle Freizügigkeit der beiden Parteien, jedoch wird auch in diesen Fragen eine Verständigung angestrebt.
- 9.) Die Verhandlungspartner sind sich darin einig, dass im Bereiche der verstaatlichten Wirtschaft die Internierungen kommerzialisiert, einer echten Ertragssteigerung zugeführt und hinsichtlich ihrer personellen Politik vom Parteizwange befreit werden müssen. Der ernstliche Wille bei-der Verhandlungspartner, dieses Ziel zu erreichen, ist für beide Vertragspartner eine Voraussetzung für deren Teilnahme an der Konzentrationsregierung.
- 10.) Im Sinne dieser Abmachung werden beide Vertragsteile ihren Landesparteileitungen empfehlen, dass auch in den Bundesländern gleichartige Regelungen getroffen werden.

OSKAR HELMER

WIEN, am 9. März 1953.

*A/ Koalitionsverhandlungen*

Lieber Freund !

Mitfolgend vier Gedächtnisnotizen über Besprechungen, die ich im Laufe der letzten Tage geführt habe.

Am wichtigsten davon erscheint mir die Besprechung mit NR. R a a b zu sein, woraus sich die ganze Stellung der ÖVP in der Frage der Regierungsbildung erklärt.

Mit besten Freundschaftsgrüssen

Beilagen.

Herrn  
Bundesminister Dipl. Ing. Karl Waldbrunner  
W i e n I.,  
-----  
Elisabethstrasse 9.

Einlegen  
WIEN, am 9. MRZ. 1953. 134 *Helmer*

G e d ä c h t n i s s n o t i z  
 über die Besprechung mit NR. R a a b am Samstag  
 den 29.II.1953 um 1/2 3 Uhr.

-----

Ein Telefongespräch, bei welchem sich Raab nach meinem Befinden erkundigte, war der Anlass zu einer Einladung, mich zu besuchen. Raab folgte dieser Einladung und wurde der oben angeführte Zeitpunkt vereinbart.

Gegenstand der Besprechung war die Frage, wie sich nunmehr die Zusammenarbeit vollziehen soll.

NR. Raab ging gleich auf das Meritum ein und erklärte, der Wahlausgang zwinge die ÖVP, eine Vereinigung der bürgerlichen Kräfte herbeizuführen. Es besteht bei der ÖVP die Absicht, sich mit dem VdU zusammenzuschliessen. Begründung: - Vom VdU haben die Arbeiter-Wähler wieder zur SPÖ zurückgefunden, geblieben sei der bürgerliche Stock.

Das Fortschreiten der Kollektivisierung ist für die ÖVP nicht mehr erträglich und müsse dem Bestreben der radikalen Elemente in der SPÖ Einhalt geboten werden. Darum: - Zusammenschluss mit dem VdU.

Raab erklärte, dass bereits Besprechungen mit dem VdU stattgefunden haben, die heute (Samstag d. 29.II. um 5 Uhr) fortgesetzt und zu einem vorläufigen Abschluss gebracht werden sollen. Sonntag habe der VdU seine Konferenz und wird dort dieser Vorvertrag beraten und nach seinen (Raab's Mitteilungen) auch genehmigt werden.

Ich fragte Raab ob ihm klar ist, wohin diese Politik führen wird. Er will also die Einheitsfront gegen die SPÖ. Diese Politik zeuge von dem Hass, den er gegen die Sozialisten empfindet. Wir haben immer gewusst, dass er ein absoluter Feind der aufstrebenden Arbeiterklasse ist. Ich machte ihm den Vorwurf, dass in ihm noch immer der Korneuburger Geist spukt.

Raab erklärte daraufhin, zu dieser Politik sei die ÖVP genötigt, denn noch eine solche Wahl und die ÖVP würde ihr Gesicht verlieren. Aber es besteht nicht die Absicht, eine Einheitsfront gegen die SPÖ zu führen, sondern die ÖVP schlage eine Regierung zu dritt vor.

Meine Antwort darauf war, dass ich mir eine Regierung zu dritt nicht vorstellen kann und meine Partei auch eine solche auf jeden Fall ablehnen wird. Wir wissen ganz genau, worauf es der ÖVP ankommt. Sie kauft sich die 14 Stimmen des VdU, um im Parlament nach ihrem Belieben herrschen zu können. Diese Politik wird auf den stärksten Widerstand der SPÖ stossen. Raab erklärte, dass sie zu diesem Schritt auch gezwungen sind, weil sie von dem Plan der SPÖ, ein Bauten-Ministerium zu errichten, gehört haben, für welches Olah in Aussicht genommen ist. Dieses Bauten-Ministerium soll mit Befugnissen ausgestattet werden, die die gesamte Wirtschaft der SPÖ ausliefert. Das sei für die ÖVP unerträglich. Ausserdem höre man von gewerkschaftlichen Forderungen, die im gegenwärtigen Zeitpunkt unerfüllbar sind. Bei den Eisenbahnen und in den staatlichen Betrieben müsse Ordnung gemacht werden. Bei den Eisenbahnen laufen 25.000 Personalvertreter herum, die freigestellt sind und nichts arbeiten. Die SPÖ ist nicht imstande, hier Ordnung zu machen. Mit Böhm habe er (Raab) zusammengearbeitet, stelle jedoch fest, dass Böhm nicht imstande ist, die Olah und Hillegeist zu bändigen.

Es müsse auch Ordnung gemacht werden im Sozialministerium, wo Maisel die Dinge laufen lässt, ohne dass er gegen die Übergriffe einschreitet. Nunmehr sollen auch die Bauernsöhne in die Arbeitslosenunterstützung einbezogen werden, das ist ein unmöglicher Zustand.

Ich suchte Raab klarzulegen, dass es an sich eine Unanständigkeit ist, bevor noch mit uns irgend eine Verhandlung geführt wurde, Verhandlungen mit dem VdU durchzuführen. Eine Regierungsbildung mit dem VdU ist unmöglich, aber die Absicht, die die ÖVP hat, ist klar erkennbar. Sie will im Nationalrat mit dem gekauften VdU die SPÖ in die Knie zwingen. Das wird jedoch nicht gelingen. Die ÖVP wandelt hier auf einer gefährlichen Strasse. Hat die Dollfuss-Strasse in die Reichsautobahn geführt, so führt die Raab-Kamitz-Strasse in die Volksdemokratie. Ich kann nur angesichts des Zustandes in der Sowjetzone, wo der VdU gar nicht zugelassen wird, warnen, diesen Weg weiter zu beschreiten.

Raab: Es gibt für die ÖVP, wenn sie das Bürgertum nicht untergehen lassen will, keine andere Politik, als die Zusammenarbeit der bürgerlichen Elemente.

Darauf ich: Also ist die Partei wichtiger als der Staat ?  
Soll also der Staat zugrunde gehen, um angeblich die Partei zu retten ?

Raab erklärte nochmals, dass die ÖVP mit dem VdU allein keine Regierung bilden wird, sondern nur gemeinsam mit der SPÖ. Lehnt die SPÖ ab, dann muss sie allein die Regierung übernehmen. Raab erklärte, dass es sehr schwer war, Figl bei der Bundesparteileitung als designierten Bundeskanzler durchzubringen. Das war ein Entgegenkommen für uns.

Die Besprechung wurde sehr ernst geführt und die Äusserungen Raabs liessen erkennen, dass er sich irgendwie mit dem VdU schon während der Wahlen zu einer gewissen Bindung nach den Wahlen eingelassen hat.

Zum Schlusse erklärte Raab, dass Dienstag die Verhandlungen mit uns stattfinden sollen. Auf eine Frage, ob vorher noch eine Fühlungnahme Figl mit Schärf stattfinden wird, verneinte Raab.

Schluss der Besprechung war 1/4 5 Uhr.

## G e d ä c h t n i s n o t i z

Über ein Gespräch mit Dr. U r s i n, Montag, 2.III.1953, 1/2 10 Uhr.

-----

Dr. Ursin ist Obmann-Stellvertreter der Landesleitung Wien des VdU.

Nach einer kurzen Einbegleitung teilte er mir mit, dass der von Raab erwähnte Vorvertrag vom Obmann des VdU Standebach einer Konferenz von 35 Teilnehmern vorgelegt wurde. Die Konferenz war von allen Bundesländern beschickt. Nach diesem Vorvertrag stellte die ÖVP dem VdU zur Verfügung:

- 1.) den 3. Präsidenten des Nationalrats
- 2.) das Handelsministerium
- 3.) Zusicherung eines Vizepräsidenten bei der Handelskammer
- 4.) Zusicherung über die Abänderung der NS-Gesetzgebung
- 5.) Die Möglichkeit eines starken Einflusses im Rechnungshof, (Präsident oder Vizepräsident)
- 6.) Zusicherungen bei den bäuerlichen Genossenschaften.

Dr. Ursin berichtet, dass die ÖVP einen bindenden Vertrag mit dem VdU abschliessen will und schlägt eine Regierung zu dritt vor. Auf eine Frage während der Konferenz, ob die ÖVP mit der SPÖ bereits darüber verhandelt hat, liess Standebach durchblicken, dass ihm Raab mitgeteilt habe, dass eine solche Verhandlung stattgefunden habe. Als Dr. Ursin erfuhr, dass das unrichtig ist, erklärte er, dass das Vorgehen der ÖVP einen Faustschlag gegen alle guten Sitten darstellt.

Dr. Ursin berichtet, dass diese Konferenz beherrscht war vom Einfluss Standebach, Gredler, Kraus, die auch die Mehrheit der Delegierten für sich gewinnen konnten. Gegen die Beteiligung an der Regierung sprachen sich die Delegierten Stüber, Pfeifer, Ursin, Scheuch, Scrinze, aus. Ihr Einwand wurde aber nicht beachtet.

Dr. Ursin teilt mit, dass die ablehnende Haltung von diesem Kreis weiter beibehalten werden wird.

G e d ä c h t n i s n o t i z

über eine Besprechung, geführt mit Staatssekretär G r a f  
Mittwoch den 4. März 1953, 1/2 6 Uhr.

-----  
Unter einem gesuchten Vorwand kam Mittwoch Staatssekretär Graf in mein Büro. Nach Erledigung der nebensächlichen Personalangelegenheiten wurde das Gespräch auf die gegenwärtige politische Lage gelenkt, wobei Graf mitteilte, dass unsere Absage, mit dem VdU gemeinsam eine Regierung zu bilden, von der Mehrheit der Bundesparteileitung der ÖVP erwartet wurde. Man hat zwar dem Vorschlag Raab zugestimmt, war aber von der Ablehnung dieses Vorschlages durch die SPÖ überzeugt. Die Frage ist nur: was nun ?

Graf meint, dass die starre Haltung Raabs in der Frage des Zusammengehens mit dem VdU offenbar auf Grund gewisser Zusagen erfolge die schon vor den Wahlen an bestimmte Personen gegeben worden sind. Eine andere Erklärung könne weder er noch andere Mitglieder der ÖVP finden. Graf nennt besonders Hurdes und andere, wie er sagte "alte Schwarze", die sich gegen eine Zusammenarbeit mit dem VdU aussprechen und dafür eintreten, zu versuchen, sich mit der SPÖ zu einigen.

Aus den Äusserungen war auch zu entnehmen, dass die ÖVP besonders durch angebliche Forderungen, die die Gewerkschaften auf das Bauten- und das Aussen-Ministerium erhoben haben, beunruhigt war. Überhaupt meint Graf, dass von gewisser Seite ein Interesse zu bestehen scheint, die gegenwärtigen Beziehungen zu vergiften. Als ich ihm erklärte, dass wir zwar auf unserer Forderung der gleichmässigen Aufteilung der Ministerien bestehen werden, über Einzelheiten jedoch noch mit niemand Rücksprache gepflogen wurde, zeigte sich Graf erstaunt. Er war der Meinung, dass darüber zwischen Figl und Schärf eine Aussprache stattgefunden habe. Angeblich soll auch eine Aussprache darüber stattgefunden haben, was geschieht, wenn der Vorschlag Raab von der SPÖ nicht angenommen wird.

Graf erklärte, dass er sich vorstellen könnte, dass wir ein Staatssekretariat im Finanzministerium verlangen. Dagegen steht die ÖVP, ganz besonders aber der Bauernbund auf dem Standpunkt, dass das Staatssekretariat im Innenministerium erhalten bleiben muss.

Ich erklärte, dass man über alle diese Dinge reden kann. Dazu sei aber notwendig, dass die ÖVP zur Kenntnis nimmt, dass ein Zusammengehen mit dem VdU in der Regierung für die SPÖ ausgeschlossen erscheint. Das "Nein" bleibt auf jeden Fall aufrecht.

Graf teilte auch mit, dass auch in den Kreisen der ÖVP die Tatsache, dass man mit der SPÖ nicht vor den Verhandlungen mit dem

VdU Rücksprache gepflogen hat, keine gute Aufnahme fand.

Die Besprechung endete mit dem Bemerkten, dass man gegenseitig Föhlung halten wird, um den Abschluss der Verhandlungen zu beschleunigen.

## G e d ä c h t n i s s n o t i z

Über eine Besprechung, die Freitag d. 6.III.1953 mit  
Finanzminister Dr. K a m i t z stattfand.

-----

Schon während der Regierungssitzung Dienstag den 3.Ds. fragte mich Dr. Kamitz ob es möglich sei, dass er mit mir in den nächsten Tagen eine persönliche Aussprache führen kann. Ich lehnte nicht ab, verwies jedoch auf mein Kranksein, wodurch ich einen bestimmten Termin nicht bestimmen könne. Donnerstag rief mich Dr. Kamitz neuerlich an und wir vereinbarten die Aussprache für Freitag den 6.Ds.

Nach einer kurzen Einleitung wurden gleich aktuelle politische Fragen behandelt. Ich fragte Kamitz, ob er nun mit dem von ihm erwarteten Urteil der Wählerschaft über seine Politik zufrieden ist. Kamitz verneinte, fügte aber hinzu, dass er trotzdem von der Richtigkeit seiner eingeschlagenen Politik überzeugt sei. Ich fragte ihm, was eigentlich die sogenannten Kamitz-Pläne, die im Wahlkampf eine solche Rolle spielten, zum Inhalt haben, denn alles das, was ich bisher davon erfahren konnte, bildet alles eher als einen Plan. Auch wir Sozialisten sind für ein ausgeglichenes Budget. Wir wollen keine Inflation und die von uns geforderte Investitionspolitik, die von ihm während der Budgetberatung abgelehnt wurde, wurde nun gleichfalls in den sogenannten Kamitzplan übernommen.

Ich machte Dr. Kamitz weiter darauf aufmerksam, dass es noch keinen Finanzminister gegeben hat, der derart gehässig und mit so vielen unwahren Behauptungen gegen die Sozialisten aufgetreten ist, wie er. Über diese Bemerkung zeigte sich Kamitz sehr betroffen und wollte wissen, worin seine Gehässigkeit gegen uns bestehe. Er erklärte dazu, dass er zu seiner ablehnenden Haltung gegenüber den Sozialisten durch die Angriffe, die von Beginn seiner Amtstätigkeit an, gegen ihn durch die Arbeiter-Zeitung und durch die Anklagen im Parlament, gerichtet wurden, gezwungen sei.

Demgegenüber verwies ich darauf, dass während seiner Amtstätigkeit ein Übergriff den andern abgelöst hat. Das habe schon im Februar 1952 begonnen und schliesslich in der Verlängerung der Direktoren-Verträge bei den staatlichen Banken seine Krönung erfahren. (Dabei machte Dr. Kamitz die Bemerkung, dass er dazu auch durch unsere Haltung ihm gegenüber gezwungen wurde. Er gibt zu, dass er bei der Verlängerung der Direktoren-Verträge einem bestimmten Druck nachgegeben hat.)

Bei der Erörterung der gegenwärtigen Situation erklärte ich ihm, dass seine Finanzpolitik der Republik bis jetzt keinen Vorteil gebracht habe, jedoch politisch und auch wirtschaftlich grosse Gefahren zeige und schliesslich den Staat in die grösste Unordnung bringen kann. Durch seine Zusage wird er nicht umhin können, den 30%igen Staatszuschuss aufrechtzuerhalten. Dr. Kamitz sagte dies zu im Zusammenhang mit der Übernahme der Risiken bei der Landarbeiterversicherung, wie dies bereits mit Maisel und Böhm vereinbart war. Wohnungs-Siedlungsfonds erklärte er, unter Umständen einer Erhöhung des Wohnbauschillings zuzustimmen. Das müsste man aber mit Raab vereinbaren. Was die Investitionen betrifft, so ist er zu jeweder Arbeitsbeschaffung zu haben. Die Beträge hierfür müssten allerdings im Anleihewege aufgebracht werden. Das Budget muss ausgeglichen sein und die Investitionsleistungen können nicht durch die laufenden Einnahmen bestritten werden.

Dr. Kamitz erklärt sich bereit, über Investitionsfragen mit Waldbrunner oder mit einer anderen von uns nominierten Person zu sprechen, um ein gemeinsames Investitionsprogramm zu erstellen.

Es wurde nun über das Verbleiben seiner Person als Finanzminister gesprochen. Er erklärte, dass er an dem Posten nicht hänge, jedoch nicht bereit sei, ein anderes Ministerium zu übernehmen. Dabei wurde die Frage des Staatssekretärs im Finanzministerium besprochen, was Dr. Kamitz ablehnte. Im weiteren Verlauf der Besprechung kam ich darauf, dass es unsere Forderung sein wird, wenigstens einen Vertrauensmann in der entscheidenden Beamtenschaft zu besitzen, worauf Dr. Kamitz mir erklärte, dass er dieses Misstrauen nicht verstehen könne. Aber schliesslich liess er durchblicken, dass über diese Frage geredet werden könnte.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass das Gespräch neuerdings den Beweis lieferte, dass Dr. Kamitz politisch unreif ist und dass er seine wirtschaftlichen Forderungen im Einvernehmen mit den Handelskammer-Leuten und der Industrie gestellt hat. Dr. Kamitz wird immer das tun, was er von Raab und seinen Hintermännern als Auftrag erhält.